

Alexander Huiskes  
Am Helgenstock 4  
65719 Hofheim-Wallau  
Alexander.Huiskes@gmx.de

---

## Stadt Hofheim

Wallau, Februar 2013

### Offener Brief Die Causa Ländcheshalle

Sehr geehrte Frau Stang,  
sehr geehrte Stadtverordnetenversammlung und sonstigen Beschlussfasser,

ich schaue mir Ihr Treiben nun schon länger und aus der Distanz an, als mündiger, aber nicht direkt in die Ereignisse involvierter Bürger. Aber das – man kann es kaum anders nennen – Possenspiel um die Ländcheshalle in Wallau zwingt mich geradezu, darauf zu reagieren, insbesondere die Statements von Exekutive und Legislative und aller anderen, die ein Partikularinteresse an der Lösung haben und dies lauthals als Gemeinwille zu verkaufen suchen.

Partikularinteressen sind dabei nichts Verwerfliches *an sich*, jeder hat sie: Einen Staat, in dem *die Partei immer recht* hat, haben die Verfassungsväter nie vorgesehen – zu Recht. Nun mag man gleich fragen, worin denn *mein* Partikularinteresse bestehe. Ich verhehle es nicht: Ich bin weder durch Parteien noch Vereine gebunden. Mein Interesse gilt der Welt, wie ich sie meinem Sohn hinterlasse: möglichst so, wie ich sie als Kind selbst kennengelernt habe, soweit dies eben möglich ist – was Werte angeht, Freiheiten, Freizeitmöglichkeiten und Identifikation mit der Heimat. Andere haben eigene Partikularinteressen: Der Bauunternehmer möchte bauen, der Bäcker mehr verkaufen, der Politiker gewählt werden, der Arbeitslose Arbeit, und jeder möchte natürlich immer mehr Geld

...

Aber die Aufgabe der Politik ist es, alle Partikularinteressen hintanzustellen, im Interesse aller Bürger, und nicht unbedingt auf andere zu hören, sondern auf Herz, Gewissen und Verantwortungsfühl. Nun wird dieses Wort gern auf der Zunge geführt, aber immer dann, wenn etwas zu tun ansteht, das eben einer bestimmten Gruppe schadet. In diesem Fall einer ganzen Gemeinde, die eben „nur“ ein Stadtteil ist. Aber dazu später mehr.

Der Gipfel ist es dann allerdings, wenn Parteien sich darüber empören, wenn die Bürger nicht bereit sind, ihre Beschlüsse willfährig hinzunehmen. Ich darf an das Grundgesetz erinnern: »*Die Parteien wirken bei der Willensbildung des Volkes mit.*« Sie ersetzen sie nicht, sie dominieren sie nicht, sie *wirken mit*. Und Parteidisziplin ist eine jener Errungenschaften, die uns in etwa so stolz machen dürfen wie der Bau der Atombombe.

Was an Argumentationen aufgeboten wird, ist allseits erbärmlich, fußt es doch auf Halbwahrheiten und Heuchelei und ist derart durchtränkt von Eitelkeiten und Eigennutz, dass es am besten wäre zu hoffen, dass die Absonderer dies selbst gar nicht (mehr) merken. Aber um wieviel schlimmer müsste das zu werten sein, wenn sie sich selbst glaubten? Die Angelegenheit ist natürlich komplex, vor allem natürlich durch die Vielzahl an Menschen, die daran mitwirken wollen.

### *Worum geht es eigentlich?*

Die Ländcheshalle ist nur ein Symbol für die Schwierigkeiten, die zwischen Hofheim und Wallau bestehen, nicht einmal aus böser Absicht, wie ich unterstelle. Aber lassen Sie uns dieses Verhältnis kurz beleuchten:

#### Was ist Wallau?

Wallau ist seit jeher das »Herz des Ländchens«, ein wohlhabender Ort mit Landwirtschaft, Handwerk und Handel – und oft genug Zentrum der Verwaltung –, der auf weit über tausend Jahre Geschichte zurückblicken kann. Da war es nur folgerichtig, dass die Wallauer Tracht zur Hessentags-tracht 1987 wurde. Alles andere wäre schäbig von Hofheim gewesen.

Wallau ist ein gewachsener Ort, der sich jahrzehntelang durch seine sorgfältige Bebauung auszeichnete und geprägt war von einerseits dem historischen Ortskern voller Fachwerkbauten und alten Höfen, und andererseits gesäumt von freistehenden Ein- oder Mehrfamilienhäusern, eine gewachsene Dorfgemeinschaft.

1977 wurde Wallau Teil von Hofheim – nicht etwa aus der Not heraus, sondern weil Hofheim eifrig um dieses »Filetstück« warb, das zudem etliche Boni mit einbrachte, darunter die bereits 1972 errichtete, hochmoderne Ländcheshalle. Hofheim begriff dies aber nie als Partnerschaft, sondern als Adoption eines unmündigen, aber sehr reichen Kindes. Dieses Kind ließ man dann zwar an der langen Leine, aber sein Geld nahm man, und in die weitere Ausbildung und das Wachstum wurde nicht investiert.

Nun kann man einwenden, Wallau habe sehr wohl Gelder von Hofheim erhalten – Neubaugebiete, Umgehungsstraße, ICE-Trasse, Lärmschutz, Dorfmittelpunkt, behindertengerechter Ausbau des alten Rathauses –, aber das wäre Augenwischerei. Denn weshalb Hofheim all das tat, hat ganz unterschiedliche Gründe, und auch das Ausmaß an Engagement ist sehr unterschiedlich. Der zusätzlichen Lärm- und Umweltbelastung durch den ICE steht für Wallau keinerlei Nutzen entgegen, und die Lärmschutzwand war nur das Allernotwendigste, was zu leisten war. Zu viel oder gar besonders schnell wurde da nichts getan. Genau wie der Aufzug im Rathaus – es war nicht weniger als die europaweit legislativ vorgegebene Pflicht Hofheims, da etwas zu tun. Oder der Recepturhof: Gewählt wurde nicht etwa eine individuelle Lösung, sondern eine Platzgestaltung samt Sandsteinbrunnen quasi »von der Stange«, eine Minimallösung. Wallau erhielt sogar »Reste« des Hessentages und einige moderne Installationen. Für den Erhalt sorgte indes Hofheim nicht, auch bei anderen Einrichtungen nicht. Schon lange wurde an der Wartung und dem Erhalt der Ländcheshalle mit Minimalaufwand gearbeitet. Oder der Friedhof – man beobachte im Frühling und Sommer einmal die Regelmäßigkeit und Hingabe, mit der er betreut wird. Vergleicht man die Ausgaben Hofheims für Wallau mit den Einnahmen Hofheims durch Wallau, sieht man eine erstaunliche Diskrepanz, die an den Länderfinanzausgleich erinnert.

Was aber bekam Wallau von Hofheim? Städtebauliche Todsünden, beispielsweise, für die jeder Bebauungsplan schnell geändert wird. Statt Einfamilienhäuser und einer weiterhin geordneten und für alle attraktiven Dorfstruktur schießen überall Reihenhäuser empor, die zusehends beton- und kaser-nartiger werden, auf immer kleinerer Grundfläche. Eine sanfte Eingliederung in das Dorfleben wird da schon von vornherein erschwert, und nicht wenige verkommen zu reinen Schlafhäusern und -siedlungen. Eine Identifikation mit seiner (neuen) Heimat kann da nicht aufkommen, aber gerade diese ist essenziell für ein gesundes Dorfleben und eine entsprechende Integration. Die bisherige Planung – wenn man dies so nennen kann – zielt aber vor allem auf rasches Wachstum und eine Zwischenstation für Pendler ab mit gleichzeitiger immobiler Wertanlage. Und das ist keineswegs erstrebenswert, wenn man sich diese Anlagen aus ästhetischen Gesichtspunkten und solchen der Gesamtlebensplanung ansieht.

Es kommt an dieser Stelle oft das Argument, der Standort sei eben attraktiv und man müsse Wohnraum schaffen. Das darf indes nicht gelten, denn was durch eine solche Vorgehensweise erreicht wird, ist eine Annäherung an spanische Verhältnisse im Immobiliensektor, eine gewaltig Finanzierungsblase, die sich nicht halten wird. Wer so kalkuliert, offenbart sein Talent zur Milchmädchen-

rechnung. Das Ende der Verkaufswelle für solche Häuser (bei denen, die es sich finanziell wirklich leisten können) ist abzusehen, zumal, wenn man soziologische Entwicklungen im Blick hat. Ein großes Manko all der tollen neuen Häuser ist ihre geringe Grundfläche – je älter die Bewohner werden, umso größer wird die Neigung sein, im Alter wegzuziehen. Demografisch schrumpft das Land oder stagniert zumindest, und die Flucht aus der Stadt ins Umland oder die von strukturschwachen Regionen in strukturstarke ist keineswegs unumkehrbar, im Gegenteil. Der Wirtschaftsgürtel Rhein-Main als besonderer Attraktor strahlt auch auf das Umland aus, bedeutet aber auch sinkende Lebensqualität durch immer höhere Umweltbelastung und Bevölkerungsdichte. Ziel einer langfristig sinnvollen Planung müsste es sein, ein Lebensklima zu schaffen, durch das neue Bürger Wallaus ihre Immobilie als lebenslange Investition und ihr Umfeld als liebens- und lebenswert betrachten.

Leerstand und Notvermietung oder Verkauf, Isolierung und soziale Desintegration kann nicht das Ziel sein – dem Generationenwandel geschuldete Geisterdörfer wie in Nordhessen oder strukturschwache Wohnghettos darf es nicht geben. Wallau kann nicht unbegrenzt wachsen, ohne seinen Charakter zu verlieren und die Dorfgemeinschaft aufzugeben. Hofheim hat an diesen »weichen« Faktoren freilich kein Interesse – der Stadt geht es um weitere Einwohner, durch die sie dank Steuern und Abgaben weitere Einnahmen generieren kann. Derzeit zahlen Menschen aberwitzige Beträge, um in unserer Gegend zu wohnen – trotz aller Lärmbelastungen, die wir erdulden müssen (zwei Flughäfen, mehrere Autobahnen, die ICE-Strecke, natürlich ohne Anbindung) ... aber das wird nicht ewig so weitergehen. Erst recht bei schrumpfender Bevölkerung und bei den bereits seit Jahrzehnten bekannten soziologischen Erkenntnissen, was Großstadtentwicklung betrifft, die wieder Menschen aus dem Umland zurück in die Metropolen ziehen wird (von denen, nebenbei bemerkt, Hofheim keine ist).

Augenfällig ist das vehemente Interesse Hofheims, nicht auf dem derzeitigen Ländcheshallengrundstück neu zu bauen, sondern an einem anderen Ort – möglichst da, wo kein vernünftiger Mensch bauen würde (Wiesengrund in Bachnähe) oder wo es keinem anderen möglich ist (Grundstück der Taunusblickschule). Denn dann ließe sich das alte Grundstück in guter Lage prächtig verkaufen, und binnen kürzester Zeit wüchse dort wieder eine blockartige Wohnsiedlung von ganz gewiss mehr als dreißig Einfamilienhäusern schmalsten Grundstückszuschnitts in die Höhe. Mit anderen Worten: Doppel- und Vielfachverdienst durch enorme Erlöse dank der Grundstückspreise und die späteren kontinuierlichen Einnahmen. Was das für die Infrastruktur Wallaus bedeutet, ist Hofheim grundsätzlich egal. Parkplatzsituation (in etlichen Straßen ist bereits heute kaum noch ein Durchkommen), Angebot an Kindergarten- und Schulplätzen, Freizeitangebote ... Man will Familien mit Kindern, bietet ihnen aber nichts, und das, was bereits existiert, wird weggenommen. Es wird mehr Umweltbelastung geben, mehr versiegelte Flächen, weniger der dringend benötigten Luft-Ausgleichsflächen (wobei da Hofheim ja immer eine gute Idee hat, diese anderswo nachzuweisen, bevorzugt dort, wo sie Wallau nichts nutzen) ... An ein stadtplanerisches Konzept, das den Wohnort Wallau aufwertet – ein Park, beispielsweise, oder ein Seniorenstift (bei der steigenden Lebenserwartung sicherlich kein dummer Gedanke) – ist in diesem Zusammenhang nie ein Gedanke verschwunden worden, jedenfalls nicht, dass dieser Gedanke nach außen zur Kenntnis gedrungen wäre. Es geht nicht an, dass Hofheim fordert, aber nichts anbietet.

Und dann die wundervolle Aussage, oft gelesen, oft gehört (u.a. als Stellungnahme in der *hessenschau*): „Wir haben kein Geld.“ Das ist eine derart dreiste Umdeutung der Wahrheit, dass es jedem anständigen Steuerzahler den Atem verschlägt. Denn wahr ist: Es ist genügend Geld da (zu großen teilen erwirtschaftet von Wallau) – es wurde nur bereits anderweitig verteilt. Außerdem handelt es sich nun wahrlich um kein überraschend und kurzfristig zu finanzierendes Projekt, sondern die Stadt hätte bereits über Jahre hinweg die Möglichkeit gehabt, immer eine kleinere Summe anzuspargen/zurückzulegen. Und vergessen wir nicht: Wallau allein hat die derzeitige Ländcheshalle damals gebaut und seitdem Hofheim in mehr als großzügiger (wenn auch erzwungener) Weise mit Zuschüssen für die Kernstadt und alle anderen Vororte finanziert. Es ist von daher die verdammte Pflicht und Schuldigkeit Hofheims, einen gleichwertigen Ersatz zu beschaffen.

Und kommen wir auch gleich zur pfiffigen Idee, die Ländcheshalle und die Schulturnhalle abzureißen und ersatzweise eine einzelne und kleinere als die Ursprungshalle zu bauen. Hofheim spart dadurch enorme Unterhaltskosten – aber dass beide Hallen bereits seit langem dauerfrequentiert und auch benötigt werden (sei es nun von Schule, Kindergarten, Vereinen und der Gemeinde selbst), spielt in diesem Denken keine Rolle. Erinnern wir uns: Die beiden Hallen wurden bereits gebaut, als Wallau deutlich kleiner war als heute. Nun darf man überlegen, was Hofheim in den Jahren seit 1977 für den Erhalt und Betrieb der Ländcheshalle getan hat, und es ist ganz erstaunlich, mit welch geringen Mitteln sie betrieben und im Bedarfsfall auch im Mindestumfang renoviert wurde. Und nun ... alles zurück? Alles kleiner bauen, trotz gestiegenen Bedarfs? Völliges Ignorieren des Bedarfs auch nach einem Ort des kulturpolitisch-sozialen Miteinanders (Integration eines Bürgerhauses in das Ländcheshallenkonzept!)? Nicht vergessen darf man: die Ländcheshalle ist eine **Kultur- und Sporthalle**. Stellt man sich die Förderung von sozialem Miteinander, Sport und Kultur durch drastische Verkürzung des Angebots vor?

Das Meisterstück indessen ist die Vorstellung, Hofheim könne oder dürfe sich überdies auch noch zurücklehnen und die neue Halle einem Verein übertragen, einschließlich der Baukosten (und die Art, in der dieses Ansinnen vorgetragen wird, ist blanke Erpressung). Mit dem vorgeschobenen Argument, als Bauherr stünden einem Verein ganz andere Zuschüsse (übrigens: Steuern!) zu als der Stadt. Aber was bedeutet das? *Darf* man einem einzelnen Verein eine solche Aufgabe überhaupt übertragen? Die Ländcheshalle ist keineswegs „die Turnvereinhalle“! Naturgemäß benutzt der Turnverein eine solche Halle sehr oft, aber eben keineswegs exklusiv, mit Vorrechten o.ä. Es handelt sich nachweislich um eine **Kultur- und Sporthalle**. Will man wirklich, dass der Hauptnutznießer die Kontrolle über die Hallenbelegung hat? Noch dazu ein Verein, bei dem ständig der Vorstand wechseln kann? Will man wirklich, dass der gesamte Hallenunterhalt durch diesen Verein geleistet werden muss, mit der Folge, dass jeder andere Nutzer an den Kosten beteiligt werden wird und keineswegs zwangsläufig mit seiner Veranstaltungsidee als gleichberechtigt neben einer Abteilung des TV angesehen wird? Will man wirklich ein Netz aus zwangsläufig entstehenden wechselseitigen Abhängigkeiten (kurz: Filz) erzeugen, das eigentlich keiner, auch der Turnverein (der dann zwangsläufig zum Buhmann werden wird) nicht, möchte?

Und dann hören wir auch noch die Bürgermeisterkandidaten (u.a. im *Main-Taunus-Kurier*): Da wird von der Amtsinhaberin frei von den Vorteilen einer Ganztagschule fabuliert ... aber auch diese Schule benötigt Ressourcen. Sie steht damit in noch stärkerer Konkurrenz um Raum als bisher, und keineswegs alle Mitglieder des Turnvereins gehen in die Grundschule. Zudem: Schulsport ist etwas vollkommen anderes als Vereinssport. Im Verein hat man die Möglichkeit, über Jahre hinweg seine Fertigkeiten spezialisiert zu trainieren. In der Schule ist das nicht möglich und auch nicht intendiert. Und überhaupt: Sportlehrer kosten ebenfalls Geld – Nachmittagsturnen durch freiwillige Laien mag für „den Kämmerer“ (der für die Hofheimer Parteischickeria so etwas wie Gott sein muss) reizvoll klingen, ist aber nichts anderes als eine politische und pädagogische Bankrotterklärung. Und natürlich werden auch Kandidaten anderer Volksparteien sich hüten, etwas gegen die Mehrheitsmeinung im Rathaus zu tun, es geht schließlich um Karriere und Wählerstimmen, die zusehends zur Währung eines verrohten Profipolitbetriebes geworden ist. Überall schwebt der Finanzierungsvorbehalt als Joker zum Brechen jeglicher Versprechen im Raum – direkt neben dem großen Wort von der Solidarität, die aber nur einseitig verwendet wird: Von Wallau wird absolute Solidarität erwartet, aber von Hofheim selbstverständlich nicht, da ist die Solidarität finanzgesteuert und wird traditionell lieber in Großprojekte wie das Chinoncenter, die Sanierung der Wasserburg und vieles mehr gesteckt (aktuelle Angaben nachzulesen sind bspw. im *Main-Taunus-Kurier* vom 7.2.2013, S.5 – und man beachte: überall, nur nicht in Wallau wird investiert, umgebaut und modernisiert!), notfalls auch in eine Eisbahn, vulgo: den „Eiszauber“ ...

In den großen Parteien wird Disziplin geübt – es gibt schließlich viel zu verteilen: Ämter, Einnahmen, Parteirenommee ... Was nicht passt, wird ignoriert, wegdiskutiert, umgedeutet und polemisch

siert. Lassen Sie uns grundsätzlich klarstellen, was der Staat eigentlich tun soll. Hierzu hilft mal wieder ein simpler Blick ins Grundgesetz und die dort festgeschriebenen Staatsziele (*Kultur* wurde bisher freilich nicht aufgenommen). Aber die Aufgaben des Staates – Schutz und Wohlfahrt der Bürger – geht auch über die engeren Staatsziele hinaus hinaus.

Die Bundesrepublik Deutschland hat zwar den Schutz und die Förderung der Kultur in ihrem Grundgesetz bislang nicht explizit verankert, aber die Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“ empfahl im Juni 2005 dem Deutschen Bundestag in ihrem Zwischenbericht die Aufnahme des Staatsziels Kultur in das Grundgesetz. Danach soll dieses um einen zusätzlichen Artikel 20b mit dem Wortlaut „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ ergänzt werden. Allerdings legt Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes bereits nach Deutung des Bundesverfassungsgerichts fest, dass »*die Verfassungsnorm (...) als objektive Wertentscheidung für die Freiheit der Kunst dem modernen Staat, der sich im Sinne einer Staatszielbestimmung auch als Kulturstaat versteht, zugleich die Aufgabe [stellt], ein freiheitliches Kunstleben zu erhalten und zu fördern*« (Urteil vom 5.3.1974).

Wenn man sich das alles ansieht, wird deutlich, wie entwaffnend einfältig „die Stadt Hofheim“ (in Wahrheit natürlich nur diejenigen, die den Ton angeben und die mit Versprechungen locken, die eigenen Interessen zu bedienen) das betreibt, was sie wohl als Politik verstanden wissen will. Als mündiger Bürger muss man sich da an den Kopf fassen. Dass die Stadt Hofheim nicht willens ist, anständig und im Bürgersinne zu agieren, ist nicht mehr nur ein Problem. Es ist ein Skandal. Und dass alles getan wird, um eine echte Diskussion zu unterbinden und den berechtigten Ärger der Bevölkerung wegzuwischen und die, die mangels Zeit oder Interesse keine eigene Sachkenntnis haben, mit Formulierungen und Umdeutungen einzulullen und zu beschwichtigen, damit man seine Wählerstimmen auch dann bekommt, wenn man sie eindeutig nicht mehr verdient hat.

Ich kann nur dazu auffordern, sich aus den gedanklichen Sackgassen zu befreien und von Befindlichkeiten und Eigeninteressen zu trennen – es gibt sachlich wohlbegründete Anforderungen, die erfüllt werden müssen. Wie, ist zunächst sekundär. Das ist nämlich die Aufgabe von Politik, eine Balance zwischen Effizienz und Gerechtigkeit. Derzeit steht Hofheim auf einem Standpunkt, der für alle – außer den Betroffenen – sehr effizient ist. Und für alle, denen dadurch mehr Geld zur Verfügung steht, wird es sogar gerecht scheinen. Wenn man aber die Problematik historisch, sozial- und kulturpolitisch und stadtplanerisch betrachtet, ist eines klar: Der Neubau der Ländcheshalle sowie der Turnhalle in gleicher Größenordnung sowie deren Betrieb durch die übergeordnete Institution Stadt oder Gemeinde sind Bringschulden der Stadt. Und vernünftig wäre es, die bisherige Fläche nicht zuzubauen, sondern gestalterisch zur Aufwertung des Ortes zu nutzen – oder eben genau dort neu zu bauen und während der Bauzeit entsprechend Hallenkapazitäten andernorts freizumachen (Stichwort Solidarität).

Wenn Hofheim aber in der gleichen Weise weitermacht wie bisher, wird Wallau eines Tages vielleicht wieder auf den Gedanken kommen, die nachteilige Liaison aufzukündigen und zur Ausgemeindung zu schreiten. Warum eigentlich nicht? Ich bin beinahe sicher, dass es auch ohne Hofheim geht. Die Anbindung ist ohnehin miserabel.

In jeder Hinsicht.

Bisher.

Denken Sie mal darüber nach ...

*Alexander Huiskes*